

Vom hohen Roß

Eine außerparlamentarische Opposition macht Front gegen den harten Kurs von Ministerpräsident Begin.

Im Oktober 1973 kämpfte Juval Nerija noch zwölf Tage, nachdem die Ägypter seine Einheit am Suezkanal überrannt hatten.

Er sammelte Versprengte zu neuen Einsatztrupps, holte Verwundete aus dem Feuer, wechselte den Panzer, wenn der getroffen war, und lag feuernd hinter einem Maschinengewehr, als ihn schließlich Kameraden borgen — mit Kugeln in der Brust, gebrochenem Bein und Brandwunden im

denen. 30 000 Bürger kamen zur ersten Großveranstaltung am 1. April in Tel Aviv.

Angesichts solcher Bewegung im Judenstaat schöpfte Ägyptens Präsident Sadat wieder Hoffnung für seine fast gescheiterte Friedensinitiative: „Das israelische Volk hat meine Friedensgeste verstanden und bejaht. Nur Begin bleibt weiterhin hartnäckig.“

Tatsächlich stehen nur noch 59 Prozent der Israelis hinter ihrem Premier, gegenüber 79 Prozent vor vier Monaten.

Und 55 Prozent sind heute besorgt, daß Begin's Besiedlungspolitik die Friedenschancen ernsthaft beeinträchtigen könnte. Immer mehr Israelis auch sprechen das öffentlich aus.

So schrieben vor einigen Wochen 350 Reserveoffiziere, unter ihnen Jom-

tion, den Judenstaat auf entschiedenen Verständigungskurs zu drängen. Sie entwickelte sich nach Meinung des Fallschirmjäger-Reservisten David Zucker, „weil Israels politisches System keine direkte Antwort auf Sadats Herausforderung ermöglichte“.

Nur aus dem zum Bunker-Komplex erstarrten Sicherheitsbedürfnis vieler Israelis ist erklärbar, daß sich in Israel, dem einzigen Nahost-Staat mit pluralistischer Struktur, offener Gesellschaft und freier Presse, keine nennenswerte politische Kraft gegen den harten Kurs des Nationalisten Begin entwickelt hatte.

Die nach fast 30 Regierungsjahren in die Opposition abgewählte Arbeiterpartei ist zerstritten. Teile von ihr hatten versucht, den klerikal-konservativen Regierungschef rechts zu überholen, als Begin zu Beginn der Sadat-Initiative die Bereitschaft andeutete, Siedlungen zu räumen.

Stark geschwächt ist auch die erst vor den Wahlen im vergangenen Jahr entstandene linksliberale „Demokratische Erneuerungsbewegung“ des Archäologie-Professors Jadin. Sie verlor ihren Protest-Geist, seit sie Begin's Regierung beitrug, angeblich um auf den rechten Ultra mäßigend einwirken zu können. Anstelle von über elf Prozent im Mai 1977 würden heute nur noch vier Prozent der israelischen Wähler Jadin's Partei ihre Stimme geben.

Israels neue Friedens-Apo will „nicht die Regierung absetzen“, sondern sie lediglich „veranlassen, ihre Politik zu ändern“, so der Aktivist Jossi Bar-Arzi von der Schalom-achschaw-Bewegung.

Ihre Anhänger stammen vorwiegend aus der alten aufgeklärten Elite der europäisch geprägten Einwanderer, für die der Extremist Begin ohnehin nie wählbar war. Die Rechten in Israel und die unterprivilegierten orientalischen Juden dagegen stehen nach wie vor überwiegend fest hinter Begin.

Dessen Regierung nimmt die Herausforderung durch Schalom achschaw immerhin so ernst, daß sie eine eigene außerparlamentarische Gegenbewegung fördert: „Schalom ve-bitachon“ („Sicherer Frieden“).

Am 15. April veranstaltete diese Gruppe, deren treibende Kraft Begin's Privatsekretär Jechiel Kadischai ist, auf dem Tel Aviver Rathausplatz eine Gegendemonstration mit Losungen wie „Wir lieben Dich, Begin“. Es erschienen rund 40 000 Teilnehmer, etwas mehr als bei Schalom achschaw — aber weniger als die Hälfte der vom regierenden rechten Likud-Block erhofften 100 000 Begin-Freunde.

„Offizielle Solidaritätsdemonstrationen können nicht vertuschen, daß Begin's Siedlungspolitik jeden Fortschritt zum Frieden blockiert“, urteilt die unabhängige Knesset-Abgeordnete Schulamit Aloni.

Der Panzerreservist Bar-On, 29, erklärt, per Anekdote, weshalb sich viele



Demonstration für die Regierung in Tel Aviv: „Wir lieben Dich, Begin“

Gesicht. Das Vaterland ehrte Juval Nerija mit dem höchsten Tapferkeitsorden.

Heute kämpft der Sinai-Soldat für den Frieden.

Nerija, inzwischen 28 und Student in Jerusalem, schloß sich „Schalom achschaw“ an, der Bewegung „Frieden jetzt“. Denn es sei Zeit, daß „jeder Israeli vom hohen Roß“ steige und eine Regierungspolitik bekämpfe, „die uns vom Frieden wegführt“.

Eine Befriedung verhindert nach Meinung von Schalom achschaw Premier Begin, weil er vom biblischen Israel träumt und sich weigert, eroberte arabische Gebiete zu räumen. Unter der Losung „Frieden ist wichtiger als Groß-Israel“ schickten die Friedensstreiter eine „Mahnwache“ vor die Jerusalemer Wohnung des Ministerpräsi-

Kippur-Kriegsheld Nerija, einen kritischen Brief an den Premier. „Wir wollten herausstellen, daß wir Leute sind, die ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben“, erklärt Panzerhauptmann Amir Bar-On, „daß wir nicht als Linke und Defätisten abzutun sind.“

Begin kanzelte die Briefschreiber dennoch ab — als inkompetent. Aber an Universitäten und in Kibuzzim gewannen die Soldaten Anhänger. 70 000 Israelis unterzeichneten einen Aufruf an die Regierung, eine flexiblere Politik zu betreiben. Rund 1000 Treffen veranstalteten die Friedensfreunde. „Plötzlich fanden wir uns als Leiter einer Art Bewegung wieder“, erklärt Pzali Reschev, ein Jurastudent.

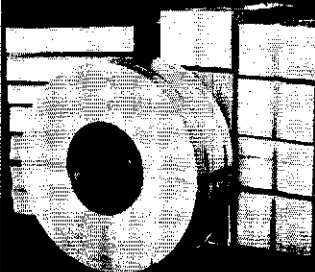
Ein halbes Jahr nach Sadats Friedensinitiative versucht mithin erstmals eine außerparlamentarische Opposi-

Die neue Formel
für Männlichkeit:
bravour
plus Mann



bravour
Herrenwäsche
internationalen Profils

Bravour GmbH · Postfach 13119 S
7000 Stuttgart 1



Maßkonfektion in Stahl

Seit über 25 Jahren liefert das erste deutsche Stahl-Service-Center Fortschritt maßgeschneidert für rationelle Produktionsabläufe. Flachwalzprodukte in fertigungsgerechten Maßen, Mengen und Gewichten. Preiswert. Ohne Verschnitt. Ohne Terminalsorgen. Ohne Lagerprobleme.

Das Stahl-Service-Center mit der größten Praxis in Deutschland bietet Ihnen z.B.: Warm- und kaltgewalztes Spaltband · Fein-, Mittel- und Grobbleche · sendzimir- und elektrolytisch verzinkte Flachbleche · Qualitäts-Feinblech · Weißblech und Weißband · Feinstblech

Karl Jüngel KG · Stahl-Service
Stixchesstr. 136-150 5090 Leverkusen 1
Tel.: (021 72) 36-1 · Telex: 8510 804/243

Jüngel Stahl-Service

die Brücke vom Walzwerk zum Stahlverarbeiter

Soldaten gerade seiner Waffengattung für Schalom-achshaw einsetzen:

Ein General fragte seine drei Fahrer, ob Israel den Arabern das besetzte Land zurückgeben sollte. Der Chauffeur der Zivil-Limousine antwortete: „Keinen Zentimeter.“ Der Fahrer des vorwiegend zwischen den Stäben benutzten Jeeps meinte: „Vielleicht ein Stück Land für ein Stück Frieden.“

Der Panzerfahrer aber, der im Kriegsfall an die vorderste Front muß, rief: „Gebt ihnen alles zurück, je eher je besser.“

CHILE

Reines Gewissen

Enthüllungen in einem anderthalb Jahre alten Mordfall zwingen den Diktator Pinochet zu politischen Konzessionen.

Den Vizeadmiral Patricio Carvajal überraschte die Nachricht auf Dienstreise in Japan, den Carabinero-General Mario Mackay bei einem offiziellen Besuch in den USA: Die beiden chilenischen Militärs, Außenminister seines Landes der eine, Landwirtschaftsminister der andere, hätten die Heimreise, so erfuhren sie, ohne Kabinetsrang anzutreten.

Unverhofft hatte ihr oberster Dienstherr in Santiago, Chiles Diktator General Augusto Pinochet Ugarte, vergangenen Monat verfügt, daß die Regierung umzubilden sei. Statt bisher neun Offiziere und sieben Zivilisten sind jetzt in Chile nur noch fünf Militärs, dafür aber elf Zivilisten Minister.

Es war nicht die einzige Überraschung, die General Pinochet seinen Landsleuten in jüngster Zeit bescherte.

Der Mann, der im September 1973 an der Spitze einer Militärjunta mit einem blutigen Staatsstreich gegen die Regierung des Sozialisten Salvador Allende die Macht an sich gerissen und seither mit eiserner Faust regiert hat, befahl nun plötzlich innerhalb weniger Wochen

- ▷ die Aufhebung des nach dem Putsch 1973 verhängten Belagerungszustands und eine Lockerung der nächtlichen Ausgangssperre;
- ▷ eine Amnestie für wegen politischer Vergehen von Militärgerichten verurteilte Chilenen und
- ▷ Vorlage eines Entwurfs für eine neue Verfassung, über die bis Ende nächsten Jahres eine Volksabstimmung abgehalten werden soll.

Zwar bedeutet all dies noch keineswegs die Rückkehr zur Demokratie: Statt des Belagerungszustands nämlich bleibt immerhin noch der ebenfalls 1973 verhängte Ausnahmezustand in Kraft, gewerkschaftliche Betätigung und politische Parteien sind nach wie

vor verboten, und die von der Amnestie Betroffenen dürfen nicht etwa in Chile bleiben, sondern müssen zwangsweise ins Exil gehen.

Gleichwohl hat das Regime Pinochet seinen Untertanen nie zuvor solche Zugeständnisse gemacht wie jetzt — und vieles deutet darauf hin, daß es keine ganz freiwilligen Zugeständnisse sind. Der General, der so viele Chilenen das Fürchten lehrte, kämpft vielmehr ein zähes Rückzugsgefecht um sein eigenes politisches Überleben.

Er kämpft dabei vor allem gegen einen Toten — den früheren Allende-Minister Orlando Letelier, der am 21. September 1976 in seinem Washingtoner Exil von einer an seinem Wagen angebrachten und durch Fernsteuerung ausgelösten Bombe getötet wurde. Mit ihm starb seine amerikanische Assistentin Ronnie Karpen Moffitt; ihr Ehemann, der auf dem Rücksitz des Wagens saß, wurde verletzt.

Die Ermordung des Ex-Ministers, so ließ die Militärjunta nach dem Anschlag verlautbaren, sei ein „kaltblütiger und unmenschlicher Plan“, den sie „verurteile“. Schon damals vermuteten jedoch viele der ins Exil geflüchteten Chilenen, daß Pinochets gefürchtete Geheimpolizei, die Dina, das ihre zu dem „kaltblütigen Plan“ beigetragen habe.

Denn der ermordete Letelier, von 1971 bis 1973 Chiles Botschafter in Washington sowie ehemals hoher Funktionär der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (BID), hatte Einfluß und Freunde in amerikanischen Wirtschafts- und Diplomatengereisen besessen und genutzt, um ausländische Wirtschaftshilfe für die Junta zu ver-



Staatschef Pinochet
„Kaltblütiger Plan“